

ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖ November 2020



Straßenschild Togostraße im Wedding

Foto: Melli Swinke

Togo – to go

Geschichtliches zum Afrikanischen

Viertel in Berlin-Wedding

Von Renate Degner

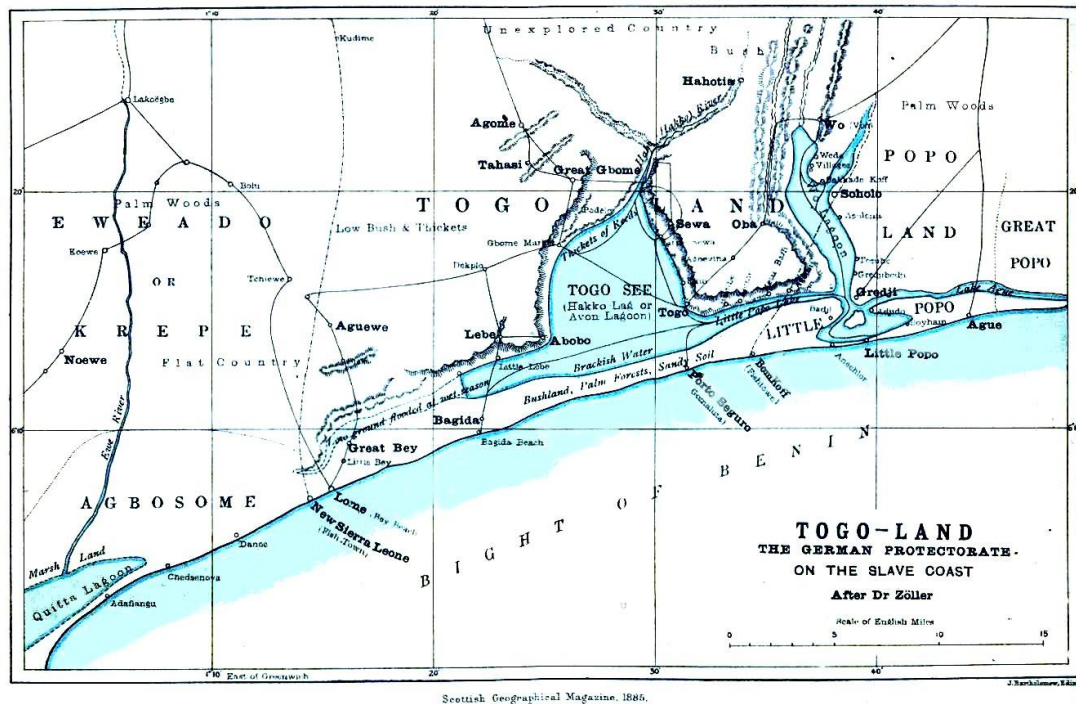
Vor drei Jahren ist das Büro der ZeitZeugen-Börse aus Berlin Mitte in den Wedding gezogen, in die Togostraße 74. Dies und ein geführter Kiezspaziergang im Afrikanischen Viertel waren Auslöser für die Beschäftigung mit der Geschichte des Landes Togo und der damit zusammenhängenden kolonialen Vergangenheit.

Vielleicht haben einige von Ihnen 2016/2017 die Ausstellung zu deutschem Kolonialismus im Deutschen Historischen Museum in Berlin durchlaufen und erinnern sich an einzelne Objekte oder Informationen. Zum Beispiel die Nilpferdpeitsche, mit der Körperstrafen schmerzvoll an den indigenen Arbeitern, und auch deren Frauen in Sippenhaft, vollzogen

wurden. Zehn Prozent der Bevölkerung waren um 1900 noch Sklaven.¹⁾ Oder an die Sterilisationsexperimente an Herero-Frauen in Deutsch-Südwestafrika (jetzt Namibia) von 1900. – Robert Koch erforschte Tropenkrankheiten und stellte die Entdeckung der Therapien über das individuelle Leid (Atoxyl, das zwangsweise verabreicht wurde).²⁾

| Inhalt | |
|--|----|
| Degner: Togo – to go | 1 |
| Triesch: Mein Berufseinstieg | 4 |
| Sharma: Meine Ausbildung | 6 |
| Pohl: Probezeit | 7 |
| Tellmann: „Ich sage immer [...] denke“ | 9 |
| Leithold: Mein Kriegsende | 10 |
| Böhm: Kriegsende 1945 | 11 |
| In eigener Sache | 12 |
| Gratulationen | 12 |
| Impressum | 12 |

Deutsche Kolonialgeschichte in Afrika



Die schottische Version einer Karte von Hugo Zöllner, der bereits 1884 Togo bereiste und darüber ein Buch veröffentlichte. © Wikimedia Commons. [PD-old-100, gemeinfrei]

Vorläufer war die 1873 gegründete Afrikanische Gesellschaft, deren Hauptaufgabe die geografische Erkundung Afrikas war. Zu der Zeit hatten sich schon Händler und Missionare in einigen Gebieten angesiedelt. Doch erst 1884 begannen die eigentlichen Kolonialerwerbungen: Kamerun, Togo, Deutsch-Südwestafrika (= Namibia), Deutsch-Ostafrika (= Tansania). In der Kongokonferenz 1884/85 in Berlin wurde Afrika unter den Großmächten aufgeteilt, vor allem Frankreich, England, Belgien, Portugal und dem Deutschen Reich unter Bismarck. Hintergrund waren vor allem ökonomische Interessen, wobei der Handel eine Schutzmacht brauchte. Politischer Schutz sicherte ansässige Kaufleute und deren Besitzungen. Zudem gab es militärisch organisierte Polizeitruppen.

Für geringe Kaufsummen verkauften indigene Herrscher Gebiete, auf die sie nach afrikanischem Recht keinen Anspruch hatten. Die Rechtslage war unterschiedlich zwischen Indigenen und Deutschen, welche als privilegierte Minderheit nur 1 % der Bevölkerung

betrug. Die ursprünglichen Afrikaner waren Schutzbefohlene des Deutschen Reiches und hatten keine rechtsstaatlichen Mittel. Als Mandatsgebiet waren die Länder dem Völkerbund zugeteilt. Die Indigenen galten als ‚Menschen auf niedriger Reifungsstufe, die man zu behüten, zu belehren und zu erziehen hatte‘ – und kirchlich zu missionieren -. Es herrschte Arbeitszwang und Gewalt.

Unter Kaiser Wilhelm II (1888-1918) erfolgte eine Forcierung der Kolonialpolitik mit antimuslimischer Stoßrichtung. Spektakulär waren Aufstände, deren bekanntester jener der Herero in Deutsch-Südwestafrika war. Geschätzte 25 Tsd. Herero starben, ebenso ca. 10 Tsd. Nama, die als Hilfstruppen der Deutschen gegen ihre Landsleute gekämpft hatten. Am Waterberg in Namibia wird an die Schlacht von 1904 erinnert.

Die deutsche Kolonialpolitik wurde ab 1905 vor allem durch den Chef der Kolonialabteilung Bernhard Dernburg verändert. Eine humanere Behandlung der indigenen Bevölkerung (Ausbau von Schulen und medizinischer

Versorgung) und verbesserte Handelsbedingungen (Ausbau von Straßen, Eisenbahnstrecken und Häfen) scheinen dazu geführt zu haben, dass keine großen Aufstände mehr erfolgten und die Wirtschaft florierte. Allerdings betrug die Importe aus den afrikanischen Kolonien nur ½ Prozent der deutschen Einfuhr; es wurden mehr deutsche Waren in die Kolonien importiert als afrikanische exportiert.

Die fehlende ökonomische Relevanz hinderte nach Rückgabe der Kolonien 1918 deutsche Politiker nicht daran, diese Gebiete wieder zurück zu fordern. Zwar hatten alle Deutschen – außer in Namibia – die Kolonien verlassen müssen, doch sprachen Revisio-nisten von der ‚Kolonialen Schuldfrage‘. Auch bestand ab 1924 im Auswärtigen Amt eine Kolonialabteilung mit dem Leiter Edmund Brückner, dem einstigen Gouverneur von Togo. 1926 wurde mit Unterstützung des Deutschen Reiches die ‚Koloniale Frauenschule‘ in Rendsburg gegründet. Welche Rolle der Kolonialismus in der Politik Hitlers tatsächlich spielte, sei in der Forschung umstritten.

Namen einflussreicher Kaufleute jener Zeit gaben Anlass für Straßenschilder im afrikanischen Viertel, so dass diese Männer erwähnt werden sollten: Ein Foto zeigt Gustav Nachtigal, wie er als Repräsentant des deutschen Reiches die deutsche Fahne hisst, inmitten von Indigenen. Ein Licht auf die Persönlichkeit Carl Peters wirft der Fakt, dass er seine afrikanische Konkubine und ihren Liebhaber erst auspeitschen und dann aufhängen ließ. Diesem Rassisten wurde im 3. Reich ein Film mit Hans Albers gewidmet. - Adolf Lüderitz eignete sich Land der Nama dergestalt an, dass er den Namen „Lügenfritz“ erhielt.

TOGO – Das Land und die Straße in Berlin

Togo war von 1884 – 1916 deutsche Kolonie und umfasste mit 87.200 km² den Bereich der heutigen Republik Togo und östliche Teile des heutigen Ghana. (Im Vergleich: Bayern hat ca. 70 000 km²). Ökonomisch lebte es vor allem durch die Ausfuhr von

Baumwolle und Kolonialwaren (Kakao, Tee, Kaffee). Durch Schiffe war es mit Deutschland verbunden, wobei nach 1905 der Hafen ausgebaut, die Landungsbrücke in Lomé (der Hauptstadt) sowie Leuchttürme und Wetterstationen errichtet wurden. Auch der Ausbau der Bahn war entscheidend für den wirtschaftlichen Aufschwung, nicht nur in Togo. Es gab sogar eine Langstrecken-Funkstation in Probe zwischen Afrika und Nauen (bei Berlin).

Togo wurde nach dem 1. Weltkrieg Mandatsgebiet unter französischer Verwaltung, woraus es sich 1960 unabhängig machte. Begrenzt wird es von Benin, Burkina Faso, Ghana und dem Atlantik. Ein Viertel des Landes ist Ackerland, weiterhin gibt es Savanne mit Antilopen und Elefanten. Das Land hat knapp 8 Mio. Einwohner, wobei die größte Volksgruppe die Ewe ist. Zwei Drittel der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Exportgüter sind vor allem Calciumphosphat, Baumwolle und die früheren ‚Kolonialwaren‘. Als autokratischer Präsident regierte 40 Jahre lang der Vater, dann der Sohn Gnassingbé, der 2020 wieder gewählt wurde. Bei Unruhen im April 2005 wurde das Goetheinstitut in Lomé beschossen und teilweise in Brand gesetzt, weil Deutschland vorgeworfen wurde, auf Seiten der Opposition zu stehen.

Wie kam es zu der Weddinger Straßenbenennung, die zum Begriff „Afrikanisches Viertel“ führte? 1899 wurde die Togostraße, zusammen mit der Kameruner Straße, als erste Straße nach der damaligen Kolonie umbenannt.³⁾ 22 Straßen und Plätze im neu erbauten Viertel wurden „nach den Kolonialbesitzungen und –ansprüchen, Akteuren des deutschen Kolonialismus und geografischen Regionen im kolonialisierten Afrika“ benannt. Wieso gerade in diesem Bebauungsgebiet afrikanische Namen herangezogen wurden, ist lt. Stefan Zollhauser ⁴⁾ nicht quellenmäßig belegbar. Das gilt auch für die These, dass Zirkusdirektor Carl Hagenbeck, der Völkerschauen anbot, einen Teil seines Freigeländes östlich des Volksparks Rehberge entsprechend bezeichnen wollte.

Die Togostraße ist heute eine lange, breite Straße mit Altbauwohnungen, Geschäften, Bauhaus-Gebäuden und einem begrünten Mittelstreifen. Sie beheimatet eine seit 1939 bestehende Kleingartenanlage und auch eine andere Besonderheit, die das Büro der ZZB betrifft: nur drei Häuser weiter, Togoer Str. 77, wohnte ein 71jähriger Zeitzeuge, der sich noch an Straßenbahnschienen, einen Wendekreis für die Bahnen und an Hinterhofgewerbe erinnert. Ebenso natürlich an die „Trümmergrundstücke, wo sich teilweise Altmetall- oder Kohlehändler niedergelassen hatten“.⁵⁾

Im Zuge der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den „alltagsgeschichtlichen Ausprägungen des deutschen Kolonialismus im Berliner Norden“⁶⁾ wurde schon vor einem Jahrzehnt die politische Forderung nach Straßenumbenennung diskutiert. Der Name der Togostraße kann bestehen bleiben, wobei die Frage offen ist, woher das Wort stammt oder ob es vielleicht aus einer afrikanischen Sprache entnommen wurde. – Durch Beschluss der Bezirksverordneten vor drei Jahren sollten zwei Straßen und ein Platz umbenannt werden. Mehrere Gründe verhinderten die bisherige Umsetzung dieses Beschlusses, etwa unklare Quellenlage oder fehlende afrikanische Frauennamen (nach denen die Orte benannt werden sollten). Sichtbar wird die Brisanz unterschiedlicher politischer Haltungen von Befürwortern und Gegnern, wenn etwa an einem Tag das Straßenschild der Luderitz-Straße mit dicker Farbe durchgestrichen und einige Tage später wieder blitzblank ist.

Abschließend ließ der Historiker beim Stadtspaziergang durchblicken, dass viele offene Fragen zur postkolonialen Integration offen stehen und weiter beforscht werden könnten: Etwa die unterschiedlichen Ansätze der Entwicklungshilfe nach dem 2. Weltkrieg in beiden deutschen Ländern, ihre Perspektiven auf Modernisierung und Entwicklung. Der aktuelle Berliner Stand zur postkolonialen Auseinandersetzung zeigt sich beispielhaft darin, daß aus der Mohrenstraße erst eine Möhren-

straße wurde und jetzt den Namen des afrikanischen Wissenschaftlers aus dem 18. Jahrhundert trägt: Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

1) Die meisten nachfolgenden Informationen habe ich Wikipedia entnommen sowie dem Stadtspaziergang des Historikers Stefan Zollhauser von „www.Berliner-Spurensuche.de“ und dem „Weddingweiser.de/togostrase“.

2) Sven Kellerhoff, www.welt.de/Geschichte, 7.4.2020

3) S.a. www.3plusx.de, App: iTunes im AppStore (kostenlos)

4) Historiker, Spurensuche-Spaziergang 21.9.2020

5) S.a. Gerhard Reise, 3.3.2015 in: „weddingweiser.de/togostrase“

6) S.a. [www. Berliner-Spurensuche.de](http://www.Berliner-Spurensuche.de), Veranstaltungsankündigung

Meine Berufseinstiege Von Dr. Rolf Triesch

Der Anregung der Zeitzeugenbörse, Erinnerungen an den Berufseinstieg aufzuschreiben, möchte ich gerne folgen, zumal es bei mir mehrere Berufseinstiege gegeben hat.

Mein Berufswunsch entstand an der Oberschule, ich interessierte mich damals besonders für die Fächer Geschichte und Geographie. So lag es für mich nahe, mich für ein Lehrerstudium dieser Fächer zu bewerben.

Die Berufsorientierung und –beratung an der Schule gestaltete sich dadurch für mich recht übersichtlich. Mitte der 1970er Jahre waren in der DDR männliche Lehrerstudien für nicht-naturwissenschaftliche Fächer sehr willkommen. Und wenn man damals in einem kleinen Dorf in Thüringen lebte und diesen Studienwunsch von sich aus äußerte, gab es eigentlich keinen Beratungsbedarf. Dass man diese Fächer auch ohne den Lehreranteil direkt mit dem Ziel Diplomhistoriker oder -geograph hätte studieren können, hat man mir damals nicht gesagt.

Für meine gewünschte Fachkombination zum Lehrerstudium in Jena bekam ich zwar

eine Absage, diese jedoch verknüpft mit der bedingten Zusage, dass ich einen Studienplatz als Dipl.-Lehrer für Russisch und Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin bekommen könne, wenn ich mich dafür entscheiden würde. Das habe ich nach kurzer Bedenkzeit dann auch getan.

Der erste Berufseinstieg verlief dann aber doch nicht so wie geplant. Die Berufslenkung an der Humboldt-Uni hatte für mich vorgesehen, dass ich nach dem Studium an der Schule im Nachbarort meines Heimatdorfes in Thüringen zum Einsatz kommen sollte, die ich selbst von der 4. bis zur 8. Klasse besucht hatte.

Ein Dozent an der Uni hatte mir überraschend im letzten Semester angeboten, weiter an der Universität zu bleiben und zu promovieren, was ich gern annahm.

Allerdings war dies nicht mit der Berufslenkung abgesprochen, so dass meine Einsatzschule davon erst ziemlich spät erfuhr. Das führte dazu, dass eine Bekannte, die als Bio- und Chemie-Lehrerin an dieser Schule arbeitete, mich eines Tages auf einem Heimatbesuch „zur Rede“ stellte: „Also Rolf, da hast Du mir ja ein schönes Ei ins Nest gelegt – jetzt muss ich deine Russisch-Stunden übernehmen!“

Mein Berufseinstieg an der Uni bestand dann darin, dass ich im Sommer 1982 am ersten Tag meines Doktorandenstudiums (das damals Forschungsstudium hieß) mit der Bahn nach Jena gefahren bin und von der Universität dort zwei Reisetaschen voller Lehrmaterialien für das neue Studienjahr abgeholt habe. Diese waren in kleiner Auflage als sog. Manuskriptdrucke hergestellt worden.

In einer Buchhandlung in Jena gab es damals zufällig ein begehrtes Buch über die Beatles, von dem ich für mich und meinen Bruder ein Exemplar kaufte. Die Reisetaschen wurden also noch schwerer.

Meine Promotion habe ich dann nach gut drei Jahren geschafft und arbeitete anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter weiter.

Aber an der Uni (zumindest in meinem Umfeld) war damals die politische und sog. „gesellschaftliche“ Arbeit wichtiger als die eigentliche Forschung und Lehre. Ich habe also viel mehr Zeit mit FDJ- und Partei-Arbeit, Sitzungen, Konzeptionen und Maßnahmenplänen für solche Themen verbringen müssen, als mir lieb war. Ein Jahr lang war mir z. B. der Vorsitz der Grundorganisation der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) „übergeholfen“ worden – und das, obwohl ich gar nicht Mitglied in dieser Organisation war. Aber selbst Ludwig Erhard soll ja angeblich nie in der in der CDU gewesen sein.

Ich nutzte dann eine Gelegenheit, um 1987 an die Akademie der Wissenschaften zu wechseln, dort habe ich mich erheblich wohler gefühlt, weil für mich dort die wissenschaftliche Arbeit im Vordergrund stehen konnte.

Wende und Einigungsvertrag und Abwicklung der Akademie führten dann dazu, dass aus meinem unbefristeten Arbeitsvertrag eine befristete Anstellung bis Anfang 1992 wurde. Dann folgte eine längere Zeit, die gern als „berufliche Neuorientierung“ umschrieben wird, also auch in meinem Falle Arbeitslosigkeit, Orientierungskurse, Jobsuche, Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM), Fortbildung usw. bedeutete.

Immerhin ergab sich danach ein neuer Berufseinstieg in einer Abteilung der Treuhandanstalt, die für die Sicherung und Aufbewahrung der Akten von abgewickelten Betrieben zuständig war. Dort bestand meine erste Aufgabe darin, für ein neues Archivgebäude die Fliesen für die Damentoilette auszusuchen. Ich war ja schließlich Vertreter der Fachabteilung, die den Zentraleinkauf mit der Herrichtung und Ausstattung des Gebäudes beauftragt hatte.

Bald darauf, auch noch als „Neuling“, hätte ich beinahe den Einkauf von 100.000 Archivkartons ausgelöst, als zunächst erstmal nur 10.000 Stück benötigt wurden und im Budget vorgesehen waren.

Dazu kamen dann im Laufe meiner mehr als 15 Jahre dauernden Tätigkeit in diesem Bereich, „garniert“ von Ausgründung / Verkauf und mehreren Umfirmierungen, sehr vielfältige Aufgaben wie Koordination von Arbeitsabläufen, Leistungserfassung und Abrechnung; Kundenbetreuung, Angebots- und Vertragsmanagement, Datenschutz, Qualitätsmanagement, Verwaltung des Firmenfuhrparks und der Betriebshandies usw.

Dann folgten nochmals Phasen der beruflichen Neuorientierung; ein Ausflug in eine Bautechnikfirma ist mir allerdings gar nicht gut bekommen, hier brauchte ich anschließend eine längere Erholungsphase.

Während meiner Zeiten der „Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug“, wie es formal heißt, lebte ich mit vom Einkommen meiner Frau. In diesen Zeiten habe ich zeitweise nebenberuflich als Telefoninterviewer zum Mindestlohn gearbeitet. Auch wenn wir zum Glück finanziell nicht existentiell auf diesen Nebenverdienst angewiesen waren, so wollte ich doch damals wenigstens für mich sagen können, dass ich die Blumen, die ich meiner Frau gelegentlich mitbringe, nicht auch noch von ihrem Geld bezahlen muss.

Diese nebenamtlichen Berufseinstiege gestalten sich recht unkompliziert; nach ca. einer halben Stunde technischer Einweisung und der Besprechung eines Interview-Leitfadens ging es dann auch gleich richtig los mit dem Telefonieren.

Wichtig bei diesen Telefoninterviewer-Jobs war mir persönlich allerdings, dass es sich dabei wirklich um seriöse Meinungsforschung handelt und nicht am Ende doch irgendwie ein verkappter Verkauf von Waren oder irgendwelchen Abonnements das Ziel war. Ich habe bei zwei Firmen als Telefoninterviewer gearbeitet – und es war wirklich reine Meinungsforschung! Sonst wäre ich dort bald wieder ausgestiegen.

Und nicht vergessen möchte ich, dass ich in diesen wechselvollen Jahren immer wieder

herzliche Aufnahme und eine sehr befriedigende ehrenamtliche Arbeit im Büro der Zeitzeugenbörse gefunden habe!

Zuletzt ist mir dann noch mit knapp 60 Jahren der Einstieg als Projektleiter in einer Beschäftigungsgesellschaft gelungen. Dies war zwar ein ziemlich später Quereinstieg, meine diversen beruflichen Erfahrungen haben es mir anscheinend ermöglicht, hier noch einmal gut Fuß fassen zu können.

Damit habe ich meinen definitiv letzten Berufseinstieg erwähnt– und zwar in eine größtenteils sehr angenehme Tätigkeit, an die sich demnächst der Eintritt in die Rente anschließen wird.

Meine Ausbildung Von Margot Sharma

Als ich 1954 meine Schulbildung abgeschlossen hatte, überlegte ich, genau wie meine Klassenkameraden, wie es nun weiter gehen sollte. Ich hatte alle Bücher von und über Dr. Albert Schweitzer gelesen und auch die Filme über seine Arbeit in Lambarene gesehen. Also schrieb ich ihm, dass ich gerne mit ihm arbeiten möchte. Bald erhielt ich seine Antwort, dass es nützlich wäre, erst die Ausbildung zur Krankenschwester zu machen.

Also ging ich ins Neuköllner Krankenhaus und meldete mich als Schwesternschülerin an. Man sagte mir, dass ich dazu erst ein Haushaltsjahr absolvieren müsse. Wo macht man das? Jemand riet mir, zur Morgenländischen Frauenmission zu gehen. Das tat ich und wurde angenommen.

Ich bekam ein Bett in einem Zimmer, das ich mit fünf anderen Mädchen teilen musste. Meine Arbeit bestand in: um sieben Uhr anfangen das Haus zu putzen, den Frühstücksabwasch in einer Wanne zu machen, die auf einem niedrigen Schemel stand.

Weiter putzen. Nach dem Mittagessen wieder abwaschen — Geschirr von ca. 30 Personen. Wenn ich Glück hatte, half mir jemand beim Abtrocknen. Eine Stunde Pause, dann weiter putzen, das Treppenhaus musste gebohrt werden, dass die Stufen glänzten. Kaffee — Abwasch.

Sonntags war ich von Kind auf gewohnt, zum Gottesdienst zu gehen. Nicht hier. Jeden zweiten Sonntag vielleicht.

Für diese Schufferei bekam ich 5.- DM im Monat. Das reichte für die S-Bahn nach Hause und zurück. Bald bekam ich Rückenschmerzen, weil die Wanne mit dem Abwasch viel zu niedrig war.

Man überredete mich im Haus zu bleiben und eine Ausbildung zur Gemeindehelferin und Katechetin zu machen. Ich wollte ja ins Krankenhaus, aber die überredeten auch meine Mutti, und die befürchtete, dass sie kein Kindergeld mehr für mich bekommt, wenn sie mich dort wegnimmt. Ich bekam Waisenrente, weil mein Vater zwei Jahre zuvor verstorben war.

Also wurde ich 1955 Bibelschülerin. Ich machte die Ausbildung samt allen Praktika in verschiedenen Gemeinden und bestand mein Examen.

Während meines letzten Praktikums heiratete ich. Mein Mann war Inder — Hindu = Heide. Bibelschülerinnen aus der Morgenländischen Frauenmission wurden zu den Heiden als Missionare geschickt. Man heiratet doch so einen nicht!

Ich beendete das Praktikum. Meine Mitschülerinnen wurden ausgesegnet und bekamen eine schöne Urkunde. Ich nicht.

Ich wurde zur Frau Oberin gerufen. Die Schulleiterin war auch dabei. Man gab mir ein handbeschriebenes Blatt Papier, und das war mein Zeugnis.

Dann machten sie mir ein Angebot: ich soll meinen inzwischen geborenen Sohn zur anonymen Adoption frei geben, dann könnte ich mich von meinem heidnischen Mann trennen und wäre wieder frei.

Ich war erst mal platt. Dann fragte ich die beiden unverheirateten Damen, ob es nur für

christlich geschlossene Ehen gilt „Bis dass der Tod Euch scheidet“. Dann nahm ich mein Stück Papier und fuhr nach Hause.

Vor einigen Monaten feierten wir unsere Diamantene Hochzeit. 60 Jahre Deutschland — Indien — Deutschland.

Das war meine Ausbildung.

Probezeit

Von Klaus-Dieter Pohl

Mein „Erwerbsleben“ als Richter begann im November 1971, als ich meinen 30. Geburtstag bereits hinter mir hatte. Ein Wechsel des Studienfachs und die damals noch wesentlich längere Ausbildungszeit bis zum „Volljuristen“ waren die Ursache.

Beim Arbeitsgericht Berlin – damals noch in der Cicerostraße gegenüber der Schaubühne gelegen – waren wir in der 1. Instanz ungefähr 40 Kollegen „jedweden Geschlechts“. Ich bekam als Proberichter eine neu eingerichtete Fachkammer für das Hotel- und Gaststättengewerbe („Kneipenkammer“ genannt) übertragen, was zwei Vorteile hatte: Zum einen gab es keine Altfälle, insbesondere keine „Gürteltiere“ (also mehrbändige Akten, die mit einem Gurt zusammengehalten werden). Und zum anderen kamen die ehrenamtlichen Richter, also die Beisitzer – wie in den anderen Fachkammern auch – aus der Branche, waren also jedenfalls „sachverständig“. Ein Umstand, der zumal für den Anfänger eine beträchtliche Sicherheit bedeutete.

Und so verlief die Anfangszeit eigentlich ohne größere Aufregungen, bis man sich daran gewöhnt hatte, nun der „Herr Vorsitzende“ zu sein.

Der Geschäftsverteilungsplan des Arbeitsgerichts – nach Artikel 101 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz darf niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden – sah und sieht auch heute noch einen Bereitschaftsdienst vor. Dessen Aufgabe ist es, während der Dienststunden des Gerichts im Verhinde-

rungsfall des nach dem Geschäftsverteilungsplan „eigentlich“ zuständigen Vorsitzenden (z.B., weil er eine Sitzung leitet oder nicht „im Hause“ ist, weil er im „home office“ – das hieß damals nur noch nicht so – Urteile „absetzte“, also schrieb) in Eilfällen (also bei Anträgen auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung) zur Verfügung zu stehen. Außerdem ist es Aufgabe des „Tagesdienstes“, den Sitzungsdienst zu übernehmen, wenn der „ordentliche Vorsitzende“ infolge plötzlich aufgetretener Erkrankung an der Sitzungswahrnehmung gehindert ist und eine Terminaufhebung aus zeitlichen Gründen nicht mehr in Betracht kommt.

Konkret bedeutet das, dass der „Richter vom Tagesdienst“ ohne - jedenfalls ohne genaue - Kenntnis der Akten „in die Bütt“ muss und die Parteien – oder ihre Vertreter – den „Sach- und Streitstand“ vortragen müssen (was sie häufig gar nicht mögen). Häufig ist das eine gute Voraussetzung für den Abschluss eines das Verfahren beendenden Vergleichs.

Am 11.11.1971 war in einem Berliner Großraumbüro der Beginn der Faschingszeit offenbar völlig „aus dem Ruder gelaufen.“ Jedenfalls gab es neben einer Reihe von Abmahnungen gegenüber Teilnehmern der spontanen Veranstaltung auch eine fristlose Kündigung, gegen die sich der betroffene Arbeitnehmer mit seiner Klage zur Wehr setzte. In einem daraufhin zeitnah anberaumten Termin zur Güteverhandlung war dem Arbeitgeber aufgegeben worden, die Kündigungsgründe schriftlich vorzutragen, woraufhin der Arbeitnehmer – ebenfalls schriftlich – erwidern sollte. Beide Parteien hatten für ihre – sehr unterschiedlichen - Tatsachenbehauptungen Zeugen benannt, die zu einem „Termin zur mündlichen Verhandlung und Beweisaufnahme“ – es war wohl im Februar 1972 – zeitversetzt und unter Mitteilung des voraussichtlichen Beweisthemas geladen wurden.

Der ordentliche Vorsitzende meldete sich am Morgen des Sitzungstages krank, seine Ehefrau brachte die Akten zum Gericht, und ich

bekam sie – die Akten - als Richter vom Tagesdienst eine halbe Stunde vor Verhandlungsbeginn auf den Tisch. Vorsichtshalber hatte man als Tagesrichter für einen solchen Fall ja immer ein weißes Hemd an, um den Bekleidungsvorschriften („Weißes Hemd, weißer Längsbinder, Robe mit Samtbesätzen“) zu genügen.

Bis dahin hatte ich in meiner „Kneipenkammer“ weder einen Beweisbeschluss formulieren müssen („Es soll Beweis erhoben werden über die Behauptung d. Bekl, der Kläger habe gegenbeweislich über die Behauptung d. Kl, er habe durch Vernehmung der Zeugen A, B, C, als Zeugen d. Bekl, und d. Zeugen D, E, F als Zeugen d. Kl.“) noch hatte ich die notwendige Zeugenbelehrung „drauf“. („Sie sollen heute hier als Zeuge aussagen. Als Zeuge sind sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Die Wahrheit bezieht sich auch auf die Vollständigkeit ihrer Aussage. Sie müssen unter Umständen beeidigen. Meineid Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr. Aber auch die falsche uneidliche ist strafbar“.)

Nachdem 8.45 Uhr – wie üblich 15 Minuten vor Verhandlungsbeginn – die Ehrenamtlichen Richter eingetroffen waren und ich versucht hatte, anhand der Beweisthemas, zu denen die Zeugen geladen waren, den Fall darzustellen, wurde es dann „ernst“: Die Anwälte waren wenig beglückt, einen Tagesrichter – noch dazu einen Grünschnabel – ohne jede genauere Aktenkenntnis vor sich zu haben. Aber nach den üblichen Präliminarien (Wer ist erschienen? Welche Anträge werden gestellt?) zog sich „die Kammer“ zu einer Zwischenberatung zurück. Wir formulierten den Beweisbeschluss, der – zurück in den Sitzungssaal – zu Protokoll genommen wurde, und dann ging's los. Der erste Zeuge – oder war's ,ne Zeugin ? – „ordnungsgemäß belehrt“ und dann befragt: zunächst durch „das Gericht“, dann durch den Anwalt, der den Zeugen benannt hatte und zuletzt durch den gegnerischen Anwalt (es muss schließlich alles seine Ordnung haben). Und anschließend wird das Ganze „zu Protokoll genommen“ – also vom Vorsitzenden – soweit

er sich (hoffentlich) gut erinnern kann – diktiert, dann vorgelesen und wenn der Zeuge seine Aussage richtig und vollständig wiedergegeben bewertet) mit dem Vermerk „v.u.g.“ (also „vorgelesen und genehmigt“) zum Abschluss gebracht. „Machen Sie Zeugengebühren geltend?“ Wird das verneint, wird der Zeuge entlassen.

Ich habe keine Erinnerung mehr, wie viele Zeugen wir an diesem Tag vernommen haben, ob es eine „Mondscheinsitzung“ – also bis in den Nachmittag – geworden war, ob und zu welcher Entscheidung wir gekommen waren oder ob sich die Parteien dann am Ende doch „verglichen“ haben, weil sie den „Weg durch die Instanzen“ scheuten. Aber am Ende der Sitzung war ich wie „durch den Wolf gedreht“.

Und für mein weiteres Berufsleben hatte ich die Erfahrung gemacht, dass Beweisaufnahmen mich nicht mehr schrecken konnten, selbst wenn sie nicht immer erfreulich waren.

„Ich sage immer, was ich denke.“

Von Elli Tellmann

Es ist gute Tradition unseres Vereins, dass sich neue Zeitzeugen*innen im Rahmen des sog. Halbkreises einer kleineren Öffentlichkeit vorstellen, um sich in ihrer neuen Funktion ausprobieren zu können und über einen Bericht im ZeitZeugenBrief weiteren Interessierten bekannt zu werden.

Unsere Zeitzeugin, Frau Rachel Dror, hat dazu leider keine Gelegenheit, weil sie nicht im Berliner Raum lebt, sondern in Stuttgart ansässig und mit fast hundert Lebensjahren nicht mehr so mobil ist, um nach Berlin zu reisen. Über die Berliner Zeitzeugenbörse wurde sie seit 2018 bereits mehrfach für Zeitzeugenauftritte in Schulen und anderen Bereichen vermittelt. Und so ist es an der Zeit, sie in unserer Publikation endlich einmal vorzustellen.

Das vielfältige Engagement Rachel Drors beginnt allerdings schon viele Jahre vorher. Seit ihrer Pensionierung nach dem Lehrerberuf

1986 hält sie als Zeitzeugin Vorträge, begleitet christlich-jüdische und deutsch-israelische Projekte, führt Interessierte durch die Stuttgarter Synagoge und erzählt über jüdisches Leben und Gebräuche, was besonders bei jungen Leuten auf großes Interesse stößt. Darüber hinaus ist sie in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Stuttgart e.V. aktiv und setzt sich für ein tolerantes Miteinander aller Religionen ein.



Rachel Dror

Foto: Simon Rentschler

Über das schmerzvolle Schicksal ihrer Familie kann sie erzählen, „wie wenn [sie] neben [sich] stehen würde. [...] Ich kann bis heute aus Wut weinen, nicht aber aus Trauer.“ (R. Dror, 2008) Ihre Eltern hatten kein Geld, um nach Palästina auszuwandern, wie sie es selbst im April 1939 mit dem letzten Schiff, das von Italien Richtung Palästina ablegte, getan hatte. Die Eltern wurden bis 1944 in Italien versteckt, dann entdeckt, nach Auschwitz deportiert und ermordet. Zufällig erfuhr Frau Dror vom Leidensweg der Eltern Jahre später, als sie auf einer Straße in Haifa

von einer Bekannten ihrer Eltern angesprochen wurde.

Rachel Dror, geborene Zipora Lewin, wurde am 19. Januar 1921 in Königsberg geboren, wuchs in einer traditionell – jüdischen Familie auf und wurde 1934 als Jüdin vom Besuch des Lyzeums ausgeschlossen, obwohl ihr Vater als Offizier im Ersten Weltkrieg für das Deutsche Reich gekämpft hatte. Sie begann eine Schneiderlehre, schloss sich aber bereits 1936 einer zionistischen Jugendgruppe in Hamburg an, um sich auf die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Sie machte eine landwirtschaftliche Ausbildung. Nach der Pogromnacht 1938 – ihre Gruppe wurde zerschlagen, die Familie wollte und konnte nicht auswandern - beschloss sie, allein die Reise nach Palästina anzutreten, die von einer Tante finanziert wurde.

Das Lebensgefühl im späteren Staat Israel war ein befreiendes. Man war wieder jemand, wurde nicht als Dreck behandelt wie in Nazi-Deutschland, hatte einen eigenen Staat, quasi eine zweite Geburt, und man konnte sagen, was man dachte. Rachel Dror heiratete 1950, und ein Jahr später wurde ihre Tochter geboren. Sie machte Karriere im Polizeidienst und betätigte sich dort als Verkehrserzieherin in Schulen. Die pädagogische Neigung pflegte sie auch weiterhin. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland 1957 – sie wollte eigentlich nach England, folgte aber ihrem Mann, der sich in Deutschland bessere Berufsaussichten versprach – begann sie im Alter von 46 Jahren ein Lehrstudium und unterrichtete Bildende Kunst und Technik an einer Sprachheilschule.

Wissen weiterzugeben ist nach wie vor die große Passion der Rachel Dror. Ihr vielfältiges Bemühen, das Judentum breiteren Kreisen verständlich zu machen, blieb nicht ohne Anerkennung. 1996 wurde ihr die Otto-Hirsch-Medaille und 2012 der Verdienstorden des Landes Baden– Württemberg verliehen.

Mein Kriegsende **Von Manfred Leithold**

Das Ende des 2. Weltkrieges im Mai 1945 erlebte ich als Vierjähriger in einer Kleinstadt in Ostthüringen. Unser Ort war von Bombenangriffen und Artilleriebeschuss weitgehend verschont geblieben. Ich kann mich aber noch an Bombergeschwader erinnern, die im Überfliegen wie eine riesige schwarze Wolke alles in Dunkelheit tauchten.

Einige Tage nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht tauchten in unserer Stadt amerikanische Soldaten auf. Sie fuhren mit offenen Jeeps vor, die sie, mit zwei Rädern auf dem Bürgersteig, auch in unserer Straße parkten.

Viele der GI's waren Farbige, sie wurden als Neger bezeichnet und besonders von uns Kindern, die zum ersten Mal Menschen mit dunkler Hautfarbe sahen, entsprechend bestaunt. Sie waren zu uns meist freundlich, einige schenkten uns Kaugummi, der auch neu für uns war und Suchtpotential hatte.

In seltenen Fällen gab es auch mal eine Tafel Schokolade für uns, ein absoluter Luxusartikel zur damaligen Zeit. Die größeren Jungen stahlen aus den Jeeps alles was sie fanden, besonders Zigaretten und Kaffee. Auch diese Dinge waren außergewöhnlich wertvoll und ersetzten in der Nachkriegszeit lange Zeit die Geldwährung.

Fast jede zweite Familie in unserer Straße musste für die Besatzungssoldaten die Wohnung räumen und sich bei Verwandten oder Nachbarn vorübergehend einquartieren. Dabei versuchten die Erwachsenen, möglichst unauffällig, die Hitlerbilder oder „Mein Kampf“ zu entsorgen.

Dann, nach mehreren Wochen, waren die amerikanischen Streitkräfte plötzlich über Nacht verschwunden. Laut den Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta im Febr. 1945 war Deutschland in verschiedene Besatzungszonen aufgeteilt, was natürlich von der deutschen Bevölkerung kaum jemand wusste, und unser Land Thüringen war als

Teil der Sowjetischen Besatzungszone vorgesehen. So kam es, dass einige Tage nach dem Abzug der Amerikaner „die Russen“ kamen. So wurden alle Soldaten der Sowjetischen Streitkräfte genannt, obwohl es unter ihnen außer Russen auch noch viele andere Nationalitäten gab, unter anderem auch Asiaten, die von uns Kindern ebenso bestaunt wurden wie vorher die „Neger“.

Doch konnte der Unterschied zwischen den amerikanischen und den sowjetischen Siegern größer nicht sein: Statt mit Jeeps kamen die „Russen“ zu Fuß und trieben als Proviant eine kleine Schafherde vor sich her. Es gab für uns auch keine Geschenke wie von den „Amis“. Die armen Kerle hatten offensichtlich selber kaum genug zu essen. Trotzdem waren auch sie zu uns Kindern sehr freundlich. Den Erwachsenen allerdings nahmen sie gern Uhren und Fahrräder ab, und wir Kinder hatten unseren Spaß, wenn sie dann beim Versuch damit zu fahren vom Rad fielen.

Die sowjetischen Truppen hatten ein strenges Begegnungsverbot zur deutschen Zivilbevölkerung, und bald nach ihrem Einzug wurden sie in ihren Kasernen durch meterhohe Bretterwände abgeschirmt. Die einfachen Soldaten waren dort wie Strafgefangene eingesperrt und wurden wohl auch so behandelt. Ich kann mich erinnern, da war ich schon älter, dass einmal ein Soldat von innen ein Brett zu einem Spalt beiseite schob, mich und meinen Freund zu sich heranwinkte und uns Geld gab, damit wir für ihn Schnaps kaufen konnten. Das haben wir auch getan.

Er und seine Kameraden hatten unser volles Mitgefühl.

Das waren meine ersten Erinnerungen an das Kriegsende 1945.

Viele Jahre später, ich lebte als 25-jähriger in Aachen und durfte nach meiner Flucht und nach fünf Jahren Einreiseverbot das erste Mal meine Eltern in der DDR besuchen, sagte mir ein Vorgesetzter, der meinen Urlaubsantrag abzeichnen musste:

„Was wollen Sie denn in der Ostzone, da sind doch die Russen!“

Kriegsende 1945

Tanz – mit und ohne Uniformen

Von Günter Böhm

Endlich wollten wir Spass haben. Wir waren 14, 15, manche vielleicht auch schon 17 Jahre alt. Wo aber sollten wir uns treffen, wo doch alles in Trümmern lag? Wir fanden in unserer Straße einen kleinen, ungenutzten Laden. Ins Schaufenster hängten wir ein Schild mit der Aufschrift „Antifaschistische Jugend“, auch in kyrillischer Schrift.

Ob das erlaubt war oder nicht: Wir redeten, sangen und tanzten dort. Eines Abends ging die Tür auf, und sowjetische Soldaten in voller Montur kamen herein. Jemand hatte für diesen Fall einen Zettel, auf dem in russischer Sprache erklärt wurde, was wir machten. Möglich, dass das eine Erlaubnis des Jugendamtes war. Die Soldaten lasen den Text, schauten sich um und gingen.

Musik, Tanz und Gesang erlebte ich bald darauf im alten Friedrichstadt-Palast. Der Staatschor des Russischen Liedes, ein großes Tanz – und Gesangs-Ensemble, trat dort in Uniformen oder Trachten auf. Ich erinnere mich, dass der Gesang für unsere Ohren ungewöhnlich klang. Die Völker der Sowjetunion und Nazi-Deutschland hatten sich im 2. Weltkrieg große Wunden zugefügt. Bald spürten wir alle in diesem riesigen Saal, dass die Darbietungen regelrecht Balsam für unsere Wunden waren; sie rissen uns mit, und die Begeisterung war riesig.

Im Stadtteil Weißensee begann sich sofort nach Kriegsende eine Szene der bildenden Kunst zu entwickeln. Es wurden Künstler ausgestellt, die gerade noch verboten gewesen waren. Dort lernte ich Karl Hofer und seine Gemälde kennen; er leitete die Kunsthochschule Weißensee. Mit der Deutschlehrerin besuchte ich im unzerstörten Deutschen Theater eine Aufführung von Lessings „Nathan“. Und eine Schulsekretärin, eine begeisterte Kommunistin, schickte mich in die

Staatsoper, die im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße spielte, ihr Haus Unter den Linden war noch zerstört.

Das war die eine, die recht schöne Seite unseres Nachkriegsdaseins, andererseits gehörten politischer Druck und Gewalt zum alltäglichen Leben. Doch das Wichtigste:

Seit 1945 gab es keinen Krieg!

In eigener Sache

❁❁❁❁❁ Gratulationen ❁❁❁❁❁

Wir gratulieren allen im November geborenen Zeitzeuginnen, Zeitzeugen und Mitgliedern

02.11. Gert Keil, 19.11. Bernd Feuerhelm, 26.11. Paul Wandel, 28.11. Marianne Wachtmann, 30.11. Hans-Joachim Weber, Udo Jeschke

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

V.i.S.d.P: Jens Splettstöhser, Redaktion: Eva Geffers, redaktionelle Mitarbeit: Elli Tellmann,
Lektorat und Layout: Margot Schmezer

ZeitZeugenBörse e.V., Togostr. 74, 13351 Berlin, ☎ 030-44046378

Mail: info@zeitzeugenboerse.de – www.zeitzeugenboerse.de

Bürozeiten: Montag, Mittwoch, Freitag 10 – 13 Uhr

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe. Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten. Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. vermerken.

Über Spenden freuen wir uns sehr: Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE83 1002 0500 0003 3407 01

Typowerk Design und Druck

BODONI Vielseithof, Buskower Dorfstraße 22

16816 NEURUPPIN/OT BUSKOW

☎ 033915109095, FAX: 030-28387568, Mail: info@bodoni.org

Die ZeitZeugenBörse e.V. wird gefördert von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales